

Unterstützt die Petition: Gegenwehr JETZT!

Den Generalangriff der Bosse und ihrer Regierung stoppen!

Für kämpferische Gewerkschaften!

Für die Verteidigung unserer Errungenschaften!

Die Errungenschaften, die Generationen von Kolleg:innen vor uns hart erkämpft haben, dürfen wir uns nicht kampflos aus der Hand nehmen lassen. Wenn wir heute zurückweichen, werden morgen nicht nur die nächsten Angriffe folgen.

Unsere Errungenschaften sind nicht verhandelbar:

Hände weg vom Achtstundentag!

Hände weg von der 35-Stunden-Woche!

Hände weg von unserer Rente!

Hände weg von weiterem Sozialabbau!

Hände weg von unseren Tarifverträgen und Arbeitsplätzen!

Unterschreibt die Petition GEGENWEHR JETZT!

<https://www.change.org/GEGENWEHR-JETZT>



Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft

Wie in allen Kriegen sollen unsere Kinder im Kriegsfall für die Profite der Rüstungskonzerne und Aktienfonds mit ihrem Leben bezahlen. Militärs und Ärzte gehen davon aus, dass bei einem angenommenen Krieg mit Russland täglich zwischen 500 und 1.000 Soldat:innen in deutschen Kliniken versorgt werden müssen, was die Dimension zeigt, die solch ein Krieg haben wird.

Wir wollen Investitionen in zivile Infrastruktur, Soziales und Bildung anstatt ins Militär. Wir wollen nicht, dass die Rüstungsausgaben bis 2029 auf 5% der Wirtschaftsleistung steigen. Das würde bedeuten, dass fast jeder zweite Euro des Bundeshaushaltes für Aufrüstung und Militarisation ausgegeben wird. Wir sagen, gebt der Jugend eine lebenswerte Zukunft, anstatt Ihnen die Perspektiven zu rauben und einen immer größer werdenden Teil der Menschen ins soziale Abseits zu drängen. Diese Politik, welche Schüler:innen kriegstüchtig machen soll, widerspricht massiv dem Friedensgebot und muss deshalb beendet werden.

- Der Jugend eine lebenswerte Zukunft, anstatt Qualifizierung fürs Töten!
- Investitionen in Daseinsvorsorge, Bildung, zivile berufliche Perspektiven und Klimaschutz anstatt todbringender Waffen!
- Kriege beenden - Verhandeln statt Aufrüsten!

Kommt am Freitag, 25. September um 10.30 Uhr zum Schlossplatz in Stuttgart. Unterstützt den Schulstreik gegen die Wehrpflicht. Unterstützt eure Kinder und Enkel beim Schulstreik. NEIN, unsere Jugend geben wir nicht!



Infos: <https://stuttgart.dkp.de/>
Kontakt: stuttgart@dkp.de

V.i.S.d.P: R. Zarth, DKP; Stgt, Böblingerstr. 105

Metal-Info

DKP Stuttgart informiert

Generalangriff auf unsere sozialen und tariflichen Errungenschaften stoppen!

Es ist ein perfides Spiel, das die Bundesregierung da treibt. Während sie mit erhobenem Zeigefinger von der "Zeitenwende" faselt, uns zur Kriegsgeilheit erziehen will und Milliarden für Panzer und Geschütze locker macht, wird das soziale Fundament unseres Landes, auch hier in Baden-Württemberg, systematisch zertrümmert.

Die Zahlen aus der Region Stuttgart sind ein Alarmsignal, das nicht überhört werden darf: Allein in der Metall- und Elektroindustrie gingen in den ersten drei Monaten dieses Jahres mehr als 9.000 Stellen verloren. Seit dem Beschäftigungshöchststand 2019 sind es fast 80.000 Jobs. Das ist kein schleichender Wandel, sondern ein Kahlschlag. Die Krise trifft die Region Stuttgart mit voller Wucht. In allen Betrieben werden Arbeitsplätze abgebaut und Standards abgesenkt, sei es bei Bosch, Mahle, Porsche, Daimler Truck, Mercedes. Unzählige Mittelständler folgen diesem verheerenden Trend.

Die Regierung? Die feiert den "Umbau" vom Auto zur Kanone und die Ausblutung unserer Stadt und Region als wirtschaftspolitische Meisterleistung. Dabei ist der Kriegskurs nicht nur eine moralische Bankrotterklärung eines Landes, das vor gerade einmal achtzig Jahren eine Trümmerwüste wegen eines von Deutschland angezettelten verheerenden Weltkriegs gewesen ist. Er ist vor allem ein Wirtschaftsmodell, das nicht aufgeht. Rüstungsausgaben schaffen weniger Arbeitsplätze als Investitionen in zivile Zukunftsfelder und bringen keinen gesellschaftlichen Fortschritt. Ein perfides Beispiel dafür gibt es direkt vor unserer Haustüre: Während Bosch tausende Fachkräfte entlässt, zieht der bayerische Rüstungskonzern Hensoldt in ein leerstehendes Bosch-Gebäude in Leinfelden-Echterdingen ein und wirbt offen um entlassene Bosch-Mitarbeiter. Die glorreiche Idee, aus einem sterbenden Industriezweig eine Waffenschmiede zu machen, ist kein Rettungsanker, sondern ein milliardenstarker Fluchtweg aus der Verantwortung.



Während VW-Werke und Zulieferer um ihre Existenz kämpfen, werden Gelder in eine Industrie gepumpt, deren Profitmodell von permanentem Krieg und Konflikt abhängt. Das ist nicht nur zynisch, es ist ein Diebstahl an der Zukunft unserer Kinder, denn jede hergestellte Waffe wird auch zum Töten eingesetzt. Während Rüstungskonzerne Rekordgewinne einfahren, sollen diejenigen bluten, die die Zeche zahlen: die Beschäftigten in den Fabriken, die Rentner und die Arbeitslosen. Wir. Wir sollen das ausbaden.



Die soziale Frage wird dabei mit Füßen getreten. Die Regierung des Blackrock-Kanzlers Merz plant die Rente mit 70, lässt den 12-Stunden-Tag wieder zu und kürzt das Bürgergeld. Wir sollen länger schuften, weniger Rente bekommen, früher sterben. Die Kranken werden kränker gemacht, die Beschäftigten noch mehr ausgebeutet, Krankenhäuser, Arztpraxen und Apotheken geschlossen. Das ist ein Angriff auf soziale Errungenschaften, der in der Geschichte

der Bundesrepublik (noch) seinesgleichen sucht und immer weiter vorangetrieben wird. Wenn die Regierenden von „Reformen“ reden, meinen sie den Generalangriff zur Zerschlagung unserer Rechte im Interesse der Reichen und großen Konzerne.

Dabei explodiert die Armut, da ihre Politik der Preis- und Kriegstreiberei die Lebenshaltungskosten in die Höhe treibt. Die Deindustrialisierung führt zum Verlust des Arbeitsplatzes, immer mehr Haushalte erleben Kündigungen oder Stromsperren. Die Preise für Lebensmittel, Benzin und Energie sind so teuer wie nie, Mieten und Nebenkosten steigen – um uns herum regiert der Zerfall. Schulen, Straßen, die Bahn, der öffentliche Nahverkehr sind marode. Arbeitsplätze werden zu hundertausenden abgebaut. Und warum, weil alles der Schaffung von „Kriegsfähigkeit“ geopfert wird.

Es wird höchste Zeit, dass wir uns dieser verlogenen Politik entgegenstellen. Denn Aufrüstung rettet keine Arbeitsplätze, sie zerstört den Sozialstaat. Sie schafft keine Sicherheit, sie schürt Ängste und Konflikte. Wer Panzer baut, baut keine Schulen. Wer Granaten herstellt, sprengt die Zukunft. Wir lassen nicht zu, dass unser letztes bisschen Wohlstand für ein militärisches Abenteuer geopfert wird, das keiner von uns gewollt hat und nur denen mit prallvollen Taschen dient. Wir lassen uns nicht länger für dumm verkaufen, wir wollen Arbeit und Frieden erhalten!

Deshalb gilt: Wehrt euch. Organisiert euch im Betrieb, sprecht mit den KollegInnen, macht in der Gewerkschaft Druck.

**Kommt zur Demo gegen den Sozialkahlschlag am 26. September 2026
Fünf vor 12 Uhr auf den Schlossplatz in Stuttgart**



Nein zur Hochrüstung! Nein zur Wehrpflicht! Für Frieden!

Der Bundestag rüstet auf. Hundert Milliarden hier und ein Sondervermögen da. Dabei müssen wir uns eine wichtige Frage stellen: Wer soll das bezahlen? Wir sollen es bezahlen. Wir, die KollegInnen in der Produktion, am Band, im Lager, im Büro.

Schon jetzt merkt man es im Betrieb. Der Ruf nach Arbeitszeitverlängerung wird lauter, immer verpackt als "Zeitenwende" oder "Standortsicherung". Der 8-Stunden-Tag, für den unsere Vorfahren gestreikt und gekämpft haben, wird als Auslaufmodell dargestellt. Ausnahmeregelungen sollen zur Normalität werden, angeblich weil die Lage es erfordert. Welche Lage eigentlich? Die Lage, dass Milliarden lieber in Rüstung fließen als in Löhne. Auch bei den Tarifen wird der Druck größer. Standortdebatten, angebliche Sachzwänge, die Drohung mit Verlagerung, das kennen viele KollegInnen schon aus den letzten Jahren. Kommt jetzt noch der Rüstungskurs dazu, wird der Druck nicht kleiner, sondern größer. Die Herrschenden erklären uns die Aufrüstung zur nationalen Aufgabe, an der angeblich alle mitwirken müssen. In Wahrheit heißt das: Die einen verdienen daran, die anderen zahlen mit ihrer Arbeitskraft, ihrer Gesundheit, ihren Rechten und im schlimmsten Fall mit ihrem Leben oder dem Leben ihrer Kinder.

Das ist keine neue Geschichte. Wenn Staaten aufrüsten, dann immer auf Kosten der arbeitenden Klasse. Das war vor hundert Jahren so und das ist heute nicht anders. Nur die Begriffe haben sich geändert.

**Deshalb gilt: Wehrt euch. Nein zur Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg!
Für Frieden, demokratische Rechte und soziale Sicherheit!**

Kommt zur bundesweiten Friedensdemo am Samstag, 3. Oktober um 13 Uhr am Schlossplatz in Stuttgart



WIR FORDERN:

- Schluss mit Hochrüstung, Kriegswirtschaft und Sozialabbau!
- Keine Erstschlagwaffen!
- Nein zur Wehrpflicht und anderen Zwangsdiensten!
- Stopp aller Wirtschaftssanktionen und Waffenlieferungen!
- Schließung aller US-Militärstützpunkte in Deutschland und Abzug der US-Atomwaffen
- Zurück zum Völkerrecht – für alle!

Schulstreik gegen die Wehrpflicht

**25. September um 10.30 Uhr
Schlossplatz Stuttgart**

